

Potsdam, den 8. September 2023

## Pressemitteilung

Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Pressesprecher: Horst Fischer  
Telefon: (0331) 8 66 - 30 04  
Telefax: (0331) 8 66 - 30 83  
E-Mail: [Presse@mdj.brandenburg.de](mailto:Presse@mdj.brandenburg.de)  
Internet: [www.mdj.brandenburg.de](http://www.mdj.brandenburg.de)

## Zukunftskonferenz Justiz - Ausblick auf die Abschlussveranstaltung

*Justizministerin und Beauftragte für die Zukunftskonferenz unterrichten Rechtsausschuss*

In der 39. Sitzung des Rechtsausschusses am 7. September haben die Beauftragte für die Zukunftskonferenz Justiz, Dr. Birgit Grundmann, und die Justizministerin Susanne Hoffmann den Verfahrensstand zur Zukunftskonferenz vorgestellt.

Seit der Auftaktveranstaltung im September 2021 haben diverse Arbeitsgruppen aus allen Bereichen der Justiz zahlreiche praxisorientierte Vorschläge ausgearbeitet, um die Zukunftsfähigkeit der Justiz mitzugestalten. Dabei entstanden innovative Konzepte zur Personalgewinnung, Personalbindung, Vereinbarkeit von Familie und Karriere sowie Neustrukturierung von Ausbildung, Aufgaben und Arbeitsabläufen und Etablierung einer Kultur des Wechsels und der Durchlässigkeit, mit deren Umsetzung das Ministerium der Justiz bereits konferenzbegleitend begonnen hat.

Justizministerin Susanne Hoffmann: *„Die Zukunftskonferenz stellt einen weiteren Meilenstein für die Fortentwicklung der Brandenburger Justiz dar. Die einstimmig verabschiedeten Reformvorschläge der Arbeitsgruppen bieten eine breite Legitimation für ihre Umsetzung, da von Beginn an alle Akteure der Justiz in den Prozess eingebunden waren und sich intensiv eingebracht haben. Ich bin überzeugt, dass die Ergebnisse dieses für die Justiz einzigartigen Modellprojektes*

*zur Zukunftsfähigkeit und Bürgernähe der Justiz beitragen und ihre Leistungsfähigkeit nachhaltig stärken werden“.*

Am 28. September 2023 werden die Arbeitsgruppen im Beisein der Justizministerin ihre Resultate anlässlich einer feierlichen Abschlussveranstaltung Vertretern des Geschäftsbereichs, der Personalvertretungen, der Berufsverbände, der Gewerkschaften und der Presse in den Räumlichkeiten der Staatskanzlei im Detail vorstellen.